

Neues EU-Chemikalienrecht - WKÖ will Mehraufwand für KMU minimieren

Utl.: Sicherheitsdatenblatt soll wesentliches Instrument für Registrierung werden - EU-Vorschlag liegt bis 10. Juli zur Begutachtung auf =

Wien (APA) - Die heimische Chemiewirtschaft versucht den bürokratischen Mehraufwand durch das geplante neue EU-Chemikalienrecht für heimische Unternehmen so gering wie möglich zu halten. Mit einer gemeinsamen Initiative wollen Wirtschaftskammer, Wirtschafts- und Umweltministerium den Registrierungsaufwand vor allem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) "drastisch reduzieren", sagte Robert Feierl aus der Abteilung Umweltpolitik in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) am Freitag zur APA.

So soll unter anderem das bisherige Sicherheitsdatenblatt beibehalten, weiterentwickelt und zum wesentlichen Instrument für die Registrierung werden, sieht der Lösungsansatz des Fachverbandes der chemischen Industrie in der WKÖ vor. Festzuschreiben sei auch eine klare Verantwortung durch eine zentrale europäische Behörde für die EU-weit harmonisierte Anwendung und Umsetzung des neuen Chemikalienmanagementsystems auch in den neuen EU-Mitgliedsstaaten.

Bis Ende 2005 will die EU-Kommission ein neues, europaweit einheitliches Chemikalienmanagement einführen. Der derzeitige EU-Vorschlag liegt bis 10. Juli zur Begutachtung auf. Nach einer Überarbeitung soll der Vorschlag im Herbst dem Rat und dem Europäischen Parlament als Vorschlag übermittelt werden. Grundlage für das neue Chemikalienrecht ist das Weißbuch "Strategie für eine künftige europäische Chemikalienpolitik", dessen Ziele - wie Schutz von Gesundheit und Umwelt, Nachhaltigkeit, verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und Innovationen - in einem Verordnungsentwurf festgeschrieben sind.

Das neue Managementkonzept für Chemikalien, genannt REACH ("Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien") soll über rund 30.000 Stoffe informieren und die Kommunikation über die Stoffeigenschaften und ihr Risiko verbessern. Damit würden aber auch nachgeschaltete Anwender aller Branchen, die Chemikalien einsetzen, massiv in die Pflicht genommen, meint Feierl: REACH betreffe somit auch den Handel, die Textil-, Leder-, Fahrzeug- und Maschinenindustrie sowie diverse Gewerbe. Damit verbunden seien "unverhältnismäßig hohe Daten- und Informationsanforderungen" sowie Zeit-, Kosten- und bürokratischer Aufwand, die kaum mehr Sicherheit brächten. Zudem könnten die Maßnahmen Europa im internationalen Wettbewerb benachteiligen. Außerdem würden Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse aufgeweicht. (Schluss) hwk/wyd

APA0260 2003-07-04/11:47

041147 Jul 03